

Beitrag zur Debatte über die Zukunft der Europäischen Union

Die kommunalen Spitzenverbände Baden-Württembergs, Bayerns und Sachsens begrüßen die Diskussion über die Zukunft der Europäischen Union, wie sie vom Europäischen Rat in Nizza im Dezember 2000 beschlossen und mit der Erklärung von Laeken ein Jahr später auf den Weg gebracht wurde. Mit diesem Diskussionsbeitrag wollen sie zur Debatte beitragen; in der Systematik folgt er der Gliederung der Erklärung von Laeken.

Die Erwartungen des europäischen Bürgers

Die Bestandsaufnahme der Europäischen Union in der Erklärung von Laeken kann aus kommunaler Perspektive bestätigt werden: Die Bürger befürworten die großen Ziele der Union. Allerdings muss auch unterstrichen werden, dass sie nicht immer erkennen können, wie die konkreten Handlungen der verschiedenen Ebenen und Institutionen mit diesen Zielen zusammenhängen.

Auch wenn die Bürger der 15 Mitgliedstaaten sich heute als „Unionsbürger“ bezeichnen können identifizieren sie sich hauptsächlich mit ihrem örtlichen Lebensumfeld. In den Kommunen bietet sich ihnen unmittelbarer Handlungs- und Gestaltungsraum. Hier werden die Bürger aber auch konkret mit den Auswirkungen der Maßnahmen konfrontiert, die „in Brüssel“ beschlossen werden. Die Kommunen sind in der Regel ihre ersten Kontaktstellen, wenn sie in irgendeiner Weise als *Bürger* handeln.

In den Szenarien der Europäischen Union drängt sich immer öfter der Eindruck auf, dass hier der Bürger auf seine Rolle als *Verbraucher* reduziert wird, und nicht so sehr als mündiger Träger politischer Macht, der an einem intakten örtlichen Lebensumfeld interessiert ist und über Wahlen auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene Einfluss auf politische Entscheidungen nimmt. Diese aktive, Demokratie stiftende Rolle des Bürgers wird von der Europäischen Union noch nicht genug wahrgenommen; das Bild vom Bürger ist zu wenig konkret, zu abstrakt und auch zu pauschal.

Die Europäische Union verweist gerne auf die kulturelle Vielfalt Europas, die sich in den Sprachen, Kulturen und Traditionen ausdrückt. In den politischen Entscheidungen setzen sich jedoch häufig rein wirtschaftliche Aspekte durch, die die örtliche Vielfalt und gewachsenen Strukturen außer acht lassen, ja, bisweilen sogar in Frage stellen. Die Bürger haben deshalb immer mehr den Eindruck, dass die EU eine reine Wirtschaftsunion darstellt und die unterschiedlichen Verhältnisse vor Ort nicht ausreichend berücksichtigt. Zwar profitieren sie von den vier Grundfreiheiten in unterschiedlicher Form, zunehmend verspüren sie aber Defizite auf der politischen Seite. Wettbewerb als primäres Ziel der Europäischen Union hinterlässt bei den Bürgerinnen und Bürgern vermehrt den Eindruck, dass sie keinen Einfluss mehr auf politische Entscheidungen haben und auf der Verliererseite stehen.

Das in jüngster Zeit von der Europäischen Union geförderte „Benchmarking“ und die Unterstützung von guten Beispielen („best practices“) birgt die Gefahr, dass damit eine Konzentration auf die Besten erfolgt. Dieses Instrument sollte jedoch zum Erfahrungs- und Wissensaustausch

tausch genutzt werden und primär den Aspekt des voneinander Lernens in den Vordergrund stellen.

Mehr Demokratie, Transparenz und Effizienz in der Europäischen Union

Das Weißbuch „New Governance“ der Europäischen Kommission enthält einige interessante Ansätze, die Zivilgesellschaft aktiv an der europäischen Politik zu beteiligen, z.B. durch die Konsultation von Nichtregierungsorganisationen. Es sei in diesem Zusammenhang jedoch darauf hingewiesen, dass es neben der organisierten auch die *nicht* organisierte Zivilgesellschaft gibt. Die Interessen dieser weit größeren „stillen Mehrheit“ (also all diejenigen Bürgerinnen und Bürger, die in einem bestimmten Politikfeld gerade nicht verbandlich oder sonst organisiert sind) genauso wie der organisierten Zivilgesellschaft zu vertreten, ist Aufgabe der demokratisch gewählten Politiker auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene.

Die in der Erklärung von Laeken beispielhaft genannten Politikbereiche (z.B. Beschäftigung, Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt, Migration, etc.) werden vor Ort bei den Bürgern aus einer anderen Perspektive wahrgenommen. Dort sind auch Probleme konkret spürbar. Es wäre dringend erforderlich, diese Lücke zwischen europäischer Politik und der Situation vor Ort zu überwinden. Dies kann nicht nur durch ein „von oben nach unten“ - Delegieren („top-down“) über die Mitgliedstaaten und die Regionen auf die Kommunen sondern muss auch auf dem umgekehrten Weg „von unten nach oben“ („bottom-up“) erfolgen. Dabei sollte die Europäische Union kritische Stimmen und Bedenken ernst nehmen und einen offenen Erfahrungsaustausch mit Vertretern der Zivilgesellschaft führen.

Eine bessere Aufteilung und Festlegung der Zuständigkeiten der Europäischen Union

Wenn bei der Kompetenzaufteilung zwischen der Europäischen Union und den Mitgliedstaaten auch deren innerstaatliche Struktur angesprochen wird, so muss neben der regionalen auch die lokale Ebene berücksichtigt werden. Das in einigen Mitgliedstaaten verfassungsrechtlich verankerte Selbstverwaltungsrecht der Kommunen und ihre daraus resultierenden weitreichenden Kompetenzen, nämlich auf lokaler Ebene grundsätzlich alle Entscheidungen zu treffen, die diese Ebene berühren, darf nicht außer Acht gelassen werden. Es wäre dringend notwendig, das Recht auf kommunale Selbstverwaltung in einer europäischen Verfassung bzw. in einem neuen Vertragswerk zu verankern. Weiterhin ist dem Grundsatz der Subsidiarität mehr Beachtung zu schenken; er führt ein Schattendasein und hat seine eigentliche Wirkung noch nicht zum Wohle der lokalen und regionalen Ebene entfalten können. Es sollte daher über ein Klagerecht nachgedacht werden.

Des weiteren muss die Charta der kommunalen Selbstverwaltung des Europarates ausdrücklich anerkannt werden und in das europäische Vertragswerk einfließen. Vor allem die darin enthaltenen Forderungen zur angemessenen finanziellen Ausstattung der Kommunen bedürfen angesichts der immer stärker auf die kommunale Ebene verlagerten Aufgaben dringend einer ausdrücklichen Würdigung. Die in der Europäischen Union getroffenen Entscheidungen sind häufig von den Kommunen umzusetzen, die somit auch die Kosten zu tragen haben. Diesem Aspekt muss in Zukunft mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Zur Arbeit des Konvents

Es ist ausdrücklich zu begrüßen, dass für die nächste Regierungskonferenz Vorschläge von einem Konvent erarbeitet werden, der transparent und unter Mitwirkung verschiedener demokratisch legitimierter Akteure seine Aufgabe erfüllt. Aus kommunaler Sicht ist es jedoch mehr als bedauerlich, dass die Vertreter des Ausschusses der Regionen nur Beobachterstatus haben. Es wird daher an die Mitglieder des Konvents appelliert, dem Ausdruck kommunaler Anliegen im Rahmen ihrer Arbeit durch eine öffentliche Anhörung oder andere geeignete Maßnahmen ein Forum zu bieten.

Dresden

München

Stuttgart

Josef Deimer
Vorsitzender
Bayerischer Städtetag

Heribert Thalmair
Präsident
Bayerischer Gemeindetag

Theo Zellner
Präsident
Bayerischer Landkreistag

Dr. Georg Sinnacher
Präsident
Verband der bayerischen Bezirke

Bernd Doll
Präsident
Städtetag Baden-Württemberg

Otwin Brucker
Präsident
Gemeindetag Baden-Württemberg

Dr. Edgar Wais
Präsident
Landkreistag Baden-Württemberg

Christian Schramm
Präsident
Sächsischer Städte- und Gemeindetag

Dr. Andreas Schramm
Präsident
Landkreistag Sachsen